



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. Mai 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

A 414 Anfrage Müller Pirmin und Mit. über die Verunglimpfung der Luzerner Polizei durch die Fabia / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Pirmin Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Pirmin Müller: Der Respekt gegenüber Polizistinnen und Polizisten nimmt ab. Die Polizeibeamten sind immer häufiger schwierigen und belastenden Situationen ausgesetzt, sie werden beschimpft, bespuckt, bedroht oder tätlich angegriffen. Warum ist das so? Ein wesentlicher Grund ist sicher die gezielte Agitation gegen die Polizeiarbeit. Genau ein Beispiel einer solchen Agitation ist das sogenannte Rassismus-Tribunal gewesen. Natürlich kann man über den Sinn von Racial Profiling sachlich und kontrovers diskutieren. Von einer differenzierten öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema konnte aber in diesem Fall keine Rede sein. Der Titel des sogenannten Rassismus-Tribunals lautete „Rassismus auf der Anklagebank“. Angeklagt wurden namentlich die Institutionen Polizei und Grenzwachkorps. Die beteiligte Organisation, die Allianz gegen Racial Profiling, hat die Plattform genutzt, um ihre These unwidersprochen zu verbreiten, ich zitiere: „Diskriminierende Personenkontrollen durch die Polizei sind Ausdruck von institutionellem Rassismus in den Schweizer Polizeikorps.“ Während der gesamten tendenziösen Veranstaltungen wurden ausschliesslich Beispiele von Polizeikontrollen genannt, welche diese Behauptungen stützen. Ich halte fest: Es fand keine sachliche und differenzierte Diskussion statt. Darum ist diese Veranstaltung auch keine demokratische Auseinandersetzung gewesen, sondern eine klare Stimmungsmache gegen unsere Sicherheitskräfte. Besonders stossend ist, dass dieses Tribunal ausgerechnet von der Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern (Fabia) organisiert wurde. Die Fabia finanziert sich zu über 80 Prozent mit öffentlichen Geldern. Ich hätte erwartet, dass sich die Regierung schützend vor unsere Polizei stellt und mit öffentlichen Geldern finanzierte Organisationen massregelt und unmissverständlich klarmacht, dass eine solche Stimmungsmache nicht hingenommen wird. Ich hätte aber nicht erwartet, dass die Regierung ihre Hände in Unschuld wäscht und tut, als würde sie die Angelegenheit nichts angehen. Damit wir alle in Sicherheit leben können, halten unsere Polizistinnen und Polizisten tagtäglich den Kopf hin – auf der Strasse, bei Einsätzen, bei Demonstrationen oder vor dem Kantonsratsaal. Deshalb verdienen sie es, dass wir uns auch für sie einsetzen und sie vor ungerechtfertigten und bösartigen Unterstellungen schützen.

Marlis Krummenacher-Feer: Die CVP-Fraktion ist mit der Antwort der Regierung zufrieden. Die Fabia ist ein politisch und konfessionell unabhängiger Verein, der sich für die Integration von Immigrantinnen und Immigranten engagiert. Die Förderung des Zusammenlebens von Einheimischen und Zugewanderten steht im Zentrum dieser Arbeit.

Das Ziel dieser Veranstaltung muss die Sensibilisierung für politische Themen sein. Das Verständnis für die Demokratie soll geweckt werden. Es darf aber keinesfalls ein Angriff gegen die Polizei sein. Der Integrationsbereich ist für uns in Zukunft sehr wichtig. Die Menschen sollen ein selbständiges Leben führen können und hier in der Schweiz integriert sein.

Johanna Dalla Bona-Koch: Die FDP-Fraktion bedankt sich für die gute und ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen. Es standen sensible Fragestellungen im Fokus, doch genau diese sprechen das Publikum am meisten an und sind am spannendsten. Es ist den Organisatoren auch zugutezuhalten, dass sie bei ihrer Veranstaltung möglichst alle Kreise involvieren wollten. Das tönt für mich nach einer fairen und sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema. Persönlich bedauere ich es auf der einen Seite deshalb schon, dass sowohl weder die Regierung noch die Luzerner Polizei der Einladung Folge geleistet haben. Ich habe auf der anderen Seite aber auch Verständnis, dass die Verantwortlichen solche sensible Fragestellungen in einem „seriösen“ Rahmen bearbeiten wollen. Theaterinszenierungen lassen Spielraum für Dinge, die nicht immer der Realität entsprechen und die etwas überspitzt dargestellt werden dürfen. Daher handelt es sich bei der Anfrage der SVP wohl doch um eine gewisse Überreaktion.

Ylfete Fanaj: Von 120 Kantonsrätinnen und Kantonsräten haben zwei diese Veranstaltung besucht, nämlich Pirmin Müller und ich. Wenn es an dieser Veranstaltung tatsächlich zu einer wie von Pirmin Müller beschriebenen Agitation gekommen wäre, hätten auch andere Kantonsräte in irgendeiner Form davon erfahren. Ich schliesse mich meinen Vorrednerinnen an, die sehr sachlich argumentiert haben. Es handelte sich hier um eine Veranstaltungsreihe, die auch in anderen Städten durchgeführt worden ist, so in St. Gallen, wo die Polizei daran teilgenommen hat. Ich frage mich, wo Pirmin Müller war, als es bei der Budgetdebatte darum ging, die Polizei zu unterstützen. Ich erinnere an das Diskriminierungsverbot in der Verfassung und dass die Kantone dazu verpflichtet sind, sich für den Diskriminierungsschutz einzusetzen. Es ist richtig und wichtig, über solche sensible Themen zu diskutieren, die Form ist den jeweiligen Veranstaltern zu überlassen. Die vorliegenden Antworten der Regierung sind meiner Meinung nach richtig.

Christina Reusser: Ich stelle fest, dass weder die Regierung Probleme mit dieser Veranstaltung hatte noch die Kantonsrätinnen, die sich bisher zu Wort gemeldet haben. Nur der Anfragende sieht eine Hetze darin. Ich finde es richtig und wichtig, dass Informationsveranstaltungen zu solchen sensiblen Fragestellungen durchgeführt werden.

Pirmin Müller: Ich zitiere aus dem Flugblatt, das zu dieser Veranstaltung einlädt: „Gibt es rassistische Polizeikontrollen in Luzern?“ Und: „In Zusammenarbeit mit der Allianz gegen Racial Profiling veranstaltet Fabia eine Gerichtsverhandlung. Das Ziel des Tribunals ist es, sich über strukturellen Rassismus auszutauschen.“ Das ist keine Frage, sondern eine Behauptung, die aufgestellt wird, und somit eine Verunglimpfung der Polizei.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Von der Regierung wird eine differenzierte Beantwortung erwartet. Auch die Regierung war über die Themensetzung und Inszenierung nicht glücklich. Die Polizei hat sich ebenfalls nicht dazu bereit erklärt, an der Veranstaltung teilzunehmen. Wir müssen uns aber an die Fakten halten. Die Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Farbe oder sonstigen äusserlichen Merkmalen ist in Luzern kein grosses Problem. Wir hatten 2014 einen Vorfall, bei dem wir vom Bundesgericht gerügt worden sind. Uns wurde bei einer Personenkontrolle fehlender Respekt vorgeworfen, und die Leibesvisitation sei unverhältnismässig gewesen. Deshalb wird diesem Aspekt auch in der Polizeiausbildung eine äusserst hohe Bedeutung beigemessen. Das Diskriminierungsverbot gilt nicht nur gemäss Bundesverfassung, sondern auch gemäss Gesetz über die Luzerner Polizei. In der Schweiz sind der Diskriminierung enge Grenzen gesetzt. Der Begriff Racial Profiling kommt, wie vieles, über den Teich und ist ein bisschen provokativ. Der Begriff selber wirkt meines Erachtens selber etwas diskriminierend, weil er ein Fehlverhalten unterstellt, das nicht per se der Fall ist. Wir haben die Polizei gebeten, zu dieser Anfrage Stellung zu nehmen. Ich denke, weder ein Bashing gegen die Polizei noch gegen die Fabia ist sinnvoll. Die Polizei erteilt der Fabia zum Teil

auch Beratungsaufträge, ihre Zusammenarbeit ist durch die Veranstaltung also nicht gestört worden.